

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Amtshauptmannschaft Weissen, für das Amtsgeschäft und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Nr. 85

Sonnabend den 12. April 1919

78. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Anzeigepflicht der Pferdesuchen.

Gemäß § 10 des Viehsteuergesetzes vom 26. Juni 1909 (RVO. S. 519) sind die **Pferdesuchen**, insbesondere **Räude** und **Räudeverdacht** anzeigepflichtig. Die Anzeige hat durch den **Besitzer** des betreffenden Viehes, dessen **Vertreter** oder den mit der Aufsicht über das Vieh **Beauftragten**, sowie auch durch **Tierärzte** oder **Personen**, die sich mit der Ausübung der **Tierheilkunde** beschäftigen, **unverzüglich** an die **Ortspolizeibehörde** und den **Bezirksstierarzt** zu geschehen. Gemäß § 74 Abs. 2 des obengenannten Gesetzes wird derjenige, der **vorzüglich** die ihm obliegende **Anzeigepflicht** unterläßt oder länger als 24 Stunden, nachdem er von der anzugebenden **Tatfache Kenntnis erhalten hat**, verzögert oder es unterläßt, **kranken** und **verdächtigen** Tiere von Orten, an denen die Gefahr der **Ansteckung** fremder Tiere besteht, fernzuhalten, mit **Gefängnis** bis zu **2 Jahren** oder mit **Geldstrafe** bis zu **3000 Mark** bestraft. Wer aus **Fahrlässigkeit** diesen Bestimmungen **gegenüberhandelt**, wird gemäß § 75 des genannten Gesetzes mit **Geldstrafe** bis **150 Mark** oder mit **Geld** nicht unter **einer Woche** bestraft. Bei der Ueberhandnahme der **Pferdesuche** im Bezirke wird die **Amtshauptmannschaft** jede ihr zur Kenntnis gelangte **Unterlassung der Anzeigepflicht** unmissverständlich zur **Bestrafung** bringen. Weissen, am 9. April 1919. Nr. 529 a V. Die Amtshauptmannschaft.

Das Offenhalten der offenen Verkaufsstätten

wird für die **Sonnabende vor Palmaram und Ostern bis 9 Uhr abends** genehmigt. Wilsdruff, am 11. April 1919. Der Stadtrat.

Verkauf Speisekohlrüben

Sonnabend den 12. April nachm 2-3 Uhr. Gleichzeitig bitten wir die angemeldeten Kohlrüben abzuholen. Preis das Pfund 8 Pfennige. Wilsdruff, am 11. April 1919. Der Stadtrat - Kriegswirtschaftsabt.

Kesselsdorf und Grumbach. Sonntagsruhe betreffend.

Für offene Ladengeschäfte wird die Verkaufszeit an Sonntagen auf die Zeit von **1/2 8 - 1/2 9 Uhr und 11 - 12 Uhr vormittags** festgelegt. Die Bäckereien bleiben nur bis 12 Uhr mittags geöffnet. Kesselsdorf und Grumbach, am 10. April 1919. Die Gemeindevorstände.

Scheidemann über Deutschlands Lage.

Bayern rafft sich auf!

Allgemeine Erbitterung gegen die Räteherrschaft. Das Ende der Räteherrschaft in Bayern scheint, wenn alles trägt, in Kürze bevorzustehen. Von Anfang an war es ja auch nur ein Teil des Proletariats in den wenigen Großstädten, das allerdings mit bewaffneter Hand die Räteherrschaft errichtete, während das Land überhaupt nicht mitmachte. So hat sich denn alsbald aller vernünftigen Elemente eine unlagbar wilde Erregung bemächtigt, die den neuen Gewalthabern von Tag zu Tag gefährlicher wird, auf der anderen Seite aber der alten Regierung eine kräftige Stütze. Diese organisiert sich in Massen aufrömenden Freiwilligen in Bamberg eine großartige Gegenaktion, die bald wirksam in die Erscheinung treten wird. Sie hofft, Oberbayern schnell wieder in die Hand zu bekommen. Die Bauern die Lebensmittelzufuhr nach München bereits gestoppt und auch die Kohlenzufuhr dorthin ist eingestellt worden, so daß die dortige Regierung bald auf dem Knie liegen wird. Auch der Bürgerkrieg hat vielerorts seinen Erfolg gezeitigt.

Sturz der Räteherrschaft in Würzburg. In Würzburg haben Soldaten, Bürger, Studenten und Arbeiter der Räteherrschaft am ehesten ein Ende beschieden, worüber folgende Einzelheiten gemeldet werden: Am 11. April wurde die Kaserne des 9. Infanterie-Regiments kampflos übergeben, mittags die Residenz (das Hauptquartier der Kommunisten) und darauf der Hauptbahnhof durch Maschinengewehre und Artillerie bezwungen. Die Besatzung Marienberg, auf die der vereinigte Angriff dann wochenlang sollte, war von den Spartakisten geräumt worden. Durch die Bürgerwehr, deren sich in den letzten Tagen eine wilde Erbitterung bemächtigt hatte, geht ein Teil der Befreiung. Die von den Kommunisten verhafteten 16 Weissen, darunter der zweite Bürgermeister, Professoren und Rechtssozialisten sowie Offiziere, wurden unverletzt befreit.

Der Soldatenrat Sauber von München, der hier eintraten war, um die Artillerie für die Kommunisten zu übernehmen, wurde kurzerhand in der Artilleriekaserne verhaftet und festgehalten. Der Hauptaufwiegler Weibel, der sich im vierten Stock der Residenz in einem Kleiderkammer verbarrikadiert hatte, wurde aufgefunden und hielt seiner Abwehr entgegen. Von den Regierungstruppen sind vier wurden tot und mehrere verwundet. Außerdem wurden zwei Zivilisten getötet. Unter den getöteten Spartakisten befindet sich der Sohn des Würzburger Professors Seiffert, unter den in der Residenz verhafteten Spartakisten ist der Sohn des verstorbenen Oberbürgermeisters Ringelmann.

Ausschluss Bayerns vom Frieden. Nach einer aus Stuttgart kommenden Meldung sollen die Entente-Regierungen der Reichsregierung durch Funknachricht mitgeteilt haben, daß Bayern nicht in den Friedensvertrag miteinbezogen werde. Auch werde eine Kontrollkommission der Entente darüber wachen, daß Bayern von Lebensmitteln der Entente nicht das geringste erhält. Die Bestätigung dieser Meldung liegt allerdings noch nicht vor.

Die „Rote Armee“ in München. Die Münchener Räteherrschaft erklärt einen Aufruf zur Gründung einer Roten Armee, in dem es heißt: „Die

Note Armee der Räterepublik Bayern hat den Zweck, die Republik der revolutionären Arbeiter, Bauern und Soldaten gegen jede gegenrevolutionäre Angriffe von außen und innen zu schützen und die Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten. Die Rote Armee ist eine freiwillige. Die Teilnahmebedingungen betragen u. a.: Es können nur Angehörige aller arbeitenden Klassen aufgenommen werden, die auf dem Boden der Räterepublik stehen.“ Verlangt wird „strengste Disziplin und unbedingter Gehorsam“.

Roske über die Lage!

Die kommunistischen Tollhändler. Berlin, 10. April.

Der Reichswehrminister Roske hat sich einem Pressevertreter gegenüber über die augenblickliche Lage ausgesprochen. Was Berlin anbetreffe, so seien dort so starke Truppenmassen zusammengezogen, daß die Regierung jeder Eventualität gewachsen wäre. Aber die Verhältnisse in Bayern ließe er sich folgendermaßen aus:

„Wenn mein Freund Hoffmann sich nur noch kurze Zeit hält, darf ich sagen, daß sich die Verhältnisse zugunsten der rechtmäßigen Regierung konsolidieren werden. Epp, früherer Kommandeur des Münchener Leibregiments, ist ein hervorragender Offizier. Wenn es nicht anders geht, wird München genau so mit Waffengewalt zur Ordnung zurückgeführt werden müssen, wie das in Bremen, Düsseldorf usw. geschehen ist. Diese kommunistischen Tollhändler wollen es nicht anders. Ehe unser liebes Vaterland in den Abgrund, in das Chaos stürzt, muß auf's kräftigste eingeschlagen werden, selbst wenn Blut fließen sollte, das über die verbrecherischen Taten der äußersten Linken kommt.“

Die Lage im Ruhrgebiet beurteilt Roske günstiger. Er habe befohlen, die dortige Streikleitung zu verhaften. Die Herren dort könnten sich darauf verlassen, daß sie nicht mit Samthandschuhen angefaßt würden. Zum Schluss freite Roske noch die im Rätekongreß beantragte Errichtung eines Reichs-Soldatenrates und verkehrte: „Der Reichskongreß der Räte kann nur Wünsche äußern, die der Nationalversammlung zur Veranschlagung zu unterbreiten sind. Ich bin Demokrat genug, um hiergegen nichts zu sagen. Aber wenn der „Reichs-Soldatenrat“ Kaffee werden sollte, gehe ich. Ohne einheitliche Leitung, ohne Disziplin ist nichts Bestimmtes anzufangen. Das dürften die letzten Monate nachgerade bereits genug dargeboten haben.“

Verhaftung der Streikleitung im Ruhrgebiet über 400 000 Bergarbeiter ausständig.

Am Laufe des Mittwoch wuchs die Zahl der streikenden Bergarbeiter noch an, so daß über 400 000 Mann feierten. Reichsarbeitsminister Bauer traf in Essen ein. Es fand eine Sitzung des Bergarbeiterverbandes statt, an der Vertreter der Bergarbeiterverbände teilnahmen. Bei Krupp wird mehr gearbeitet (etwa 55%). In der Bevölkerung ereigneten sich keine Zusammenstöße, wobei es einige Tote gab.

Die Mitglieder der Neuen Kommission, d. h. des Streik-ausschusses der spartakistischen Bergleute, waren zu Verhandlungen mit dem Reichskommissar eingeladen worden, letzten aber dieser Einladung nicht Folge geleistet. Am Mittwoch abend wurden die Mitglieder der Kommission,

soweit sie sich in Essen befanden, von Truppen des Freikorps Lichtschlag im Auftrage der Reichsregierung verhaftet. Nach der Verhaftung wurden die Regierungstruppen von Zivilisten angegriffen, so daß sich in der Nähe des Hauptbahnhofs eine Schießerei entwickelte.

Die Angreifer wurden zerstreut. Kurze Zeit nachher wurden in der Nähe des Burgplatzes aus einem Hause Handgranaten auf die Truppen geworfen, wodurch zwei Zivilisten verwundet wurden. Auch der Herausgeber des Spartakus, Epstein, wurde verhaftet.

Siebenstundentagsarbeit bewilligt.

Die Konferenz des Bergarbeiterverbandes und der Bergarbeiterverbände mit dem Reichsarbeitsminister kam zu dem Ergebnis, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit für die unter Tage beschäftigten Grubenarbeiter auf sechs Stunden im Interesse der Volkswirtschaft zurzeit unendlich ist. Auf dringende Vorstellungen der Vertreter der Bergarbeiterverbände, die der Meinung Ausdruck gaben, daß ein Entgegenkommen in bezug auf die Arbeitszeit angesichts der schlechten Ernährungsverhältnisse unbedingt notwendig sei, haben die Vertreter des Bergarbeiterverbandes auf Einwirkung des Reichsarbeitsministers sich bereit erklärt, die Siebenstundentagsarbeit für die unter Tage beschäftigten Arbeiter einmütlich ein- und Ausfahrt zu bewilligen.

Die Kämpfe in Düsseldorf

festen sich in der Nacht auf Donnerstag fort. Gestern zählte man zehn Tote und viele Verwundete. In der Altstadt sind Barrikaden errichtet. Die Streiklage selbst ist unverändert, auch soweit die Zahl der Ausschüßigen in Betracht kommt. Hier und da ist eine leichte Zunahme zu verzeichnen. Die städtischen Betriebe sind nach wie vor stillgelegt.

Der mit Entente-Lebensmitteln für Düsseldorf bestimmte Rheindampfer durfte auf Anordnung der belgischen Hafenbehörde am Düsseldorfer Hafen nicht anlegen, sondern mußte an der linken Rheinseite ankern, wo das Schiff so lange unter belgischer Bewachung bleibt, bis die Streikunruhen beigelegt sind.

Ende des Magdeburger Generalstreiks.

Die Streikleitung beschloß, im Hinblick auf die veränderten Machtverhältnisse die Streikenden aufzufordern, Donnerstag trüb die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Generalstreik in Magdeburg ist damit beendet. Eine kurz beachtete Funktionärssitzung des sozialdemokratischen Vereins beschloß ebenfalls, die Parteigenossen zu eruchen, die Arbeit wieder aufzunehmen und in der Arbeiterkammer für eine geschlossene Wiederaufnahme der Arbeit zu wirken. Die Stadt ist ruhig. Im ganzen wurden neun Personen getötet und 39 verwundet.

Auflösung des Nachtregiments.

Generalmajor Roeter hat den Gewerkschaftssekretär Krüger zum Polizeipräsidenten ernannt und die Auflösung des Nachtregiments verfügt, dessen Mannschaften an den letzten Wahlen teilgenommen waren. Auch die Bürgerwehr wird aufgelöst und dafür eine Einwohnerwehr aus der Bevölkerung gebildet.

Die Berliner Baubeamtenbewegung

hat weiter um sich gegriffen. Man hatte erwartet, daß die Deutsche Bank in Betrieb bleiben würde. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. In geheimen Abstimmung in den einzelnen Bezirken

Der Vorschlag belohnt, der der Fabrik Nutzen bringt. Die Vorteile sind dadurch erreicht worden. Seit 1888 sind die Beamten, seit 1890 die Arbeiter am Reingewinn beteiligt. Die Beamten erhalten 5%, die Arbeiter gleichfalls 5%, und 2% geben an die Unterhaltungskassen der Fabrik, die während des Krieges allein 30 000 Mark an Kriegskosten ausbezahlt haben.

Der Fabrikparlamentarismus hat aber gewisse Grenzen. Auf die rein kaufmännischen Angelegenheiten, Einkauf und Verkauf, Kreditgewährung u. dgl. haben die Arbeiterausschüsse keinen Einfluß. Bemerkenswerterweise haben sie auch nie den Anspruch erhoben, in solchen Dingen mitzuentscheiden; sie möchten immer nur mit Angelegenheiten befaßt zu werden, welche die Arbeiterschaft selbst angehen. Es wäre möglich, in monopolartigen Betrieben, Straßenbahnen, Elektrizitätswerken, Bergwerken, noch weiter zu gehen. Solche sind ja schon früher in staatlichen oder halbstaatlichen Besitz übergegangen. Für andere Unternehmungen, für die man einen staatlichen oder städtischen Betrieb nicht geeignet hält, wäre die geschilderte Art der Mitarbeiterschaft sowie die Teilnahme der Angestellten an der Verwaltung sicher in Betracht zu ziehen. M.

Die deutschen Kalklagerstätten.

Unter den Sozialisierungsplänen der deutschen Reichsregierung befindet sich mit an erster Stelle die Verstaatlichung der deutschen Kalkindustrie und des Kalkbergbaues, welche seit mehr als einem halben Jahrhundert bis zum völligen Ausbruch der Kalkmarkt der ganzen Welt bezogen. In unserer beistehenden Karte geben wir eine Übersicht der Kalklagerstätten in Deutschland. Zurzeit verläßt, wie in der letzten Versammlung des Reichstages betont wurde, eine große Notlage in der gesamten Kalk-Industrie, was man so bedauerlich ist, als gerade Kalk unser Hauptwertartikel ist, den wir im Auslande gegen Lebensmittel umtauschen können. Zu ersten Mangel d. B. sind infolge Wagnis- und Kohlenmangels



durch Streiks und Rückgang der Arbeitsleistung um 1,2 Millionen Doppelzentner Reinkalk abgesetzt werden gegen 3 Millionen Doppelzentner im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der Absatzwert ist von 77 Millionen Mark auf 35 Millionen Mark zurückgegangen. Über dem Kopf steigenden Ansprüchen der Arbeiter stellen sich die Brennstoffverknappung der Kalkwerke nach wie vor äußerst mangelhaft. Zahlreiche Werke stehen immer noch still, weil sie keine Kohlen bekommen können, andere haben neuerdings wegen Rohstoffmangels wieder schließen müssen. Die Wagnisstellung hat in den letzten Wochen eine Besserung erfahren, ohne auch nur annähernd ausreichend zu sein. Darunter leidet die Produktion der heimischen Landwirtschaft mit Kalksalzen für die Frühjahrsdüngung empfindlich. Es ist zu befürchten, daß die Folgen besonders in einer ungünstigen Rohstofflage bemerkbar machen werden.

Kohle und Fern.

Wieder Väderzüge im Sommer. Der Väder- und Wagnisverkehr wird in diesem Sommer wieder, soweit es die bestehenden Schwierigkeiten erlauben, aufgenommen werden. Unter der Voraussetzung, daß die nötigen Kohlen, Eisenbahnwagen und Bogen zur Verfügung stehen, hat der Reichsminister genehmigt, daß zur Bedienung dieses Verkehrs besondere Züge eingelegt werden, wenigstens bei Bedarf nach der Nordsee, der Ostsee, dem Harz, nach den Harzgebirgen und dem Riesengebirge. Eine Ermäßigung des Fahrpreises für diese Züge ist nicht vorgesehen.

Die neuen Briefmarken. Die neuen Erinnerungsblätter an die Nationalversammlung kommen in den nächsten Tagen an 10, 15 und 25 Pfennig zur Ausgabe. Sie sind etwas größer sein als die letzten 25:31 statt 20:20 Millimeter. Die Marke zu 10 Pfennig stellt eine nach dem Entwurf von Hugo Frank dar, der bei dem Wettbewerb den dritten Preis erhalten hat. Die 15 Pfennig-Marke gibt einen Eisenstumpf mit einem nach dem Entwurf von Ernst Böhm in Charlottenburg wieder, der den ersten Preis bekommen hat. Die 25 Pfennig stellt einen knieenden Bauhandwerker dar.

Für 100 000 Mark Banknoten in der Reichsbank gestiftet. Ende November war in der Reichsbank ein Wechselbetrag von 500 Bogen zu je sechzehn Mark Scheinen, gleich 400 000 Mark, festgesetzt worden. Am Anfang Februar dieses Jahres auf hiesigen Börsen Scheine antauschen, welche bis auf den Stempel hinwies, ergab sich die Gewissheit, daß ein großer Teil der Banknoten vorliegen mußte. Jetzt wurde die Kriminalpolizei mit der Aufklärung des Diebstahls betraut, und es ist nun gelungen, die beiden Diebe dingfest zu machen. Als Täter wurden die inwischen aus dem Reichsdruckerei ausgehändigten Reichsdruckereiarbeiter Wilhelm Wetzka und Theodor Palecki erkannt.

Beide sind festgenommen worden, von dem gestohlenen Gelde gelang es, 328 000 Mark wieder herbeizuschaffen.

Sechs Millionen Mark Arbeitslosen-Unterstützung in Berlin unrichtig erhoben. In einer Konferenz der Groß-Berliner Gewerkschaften machte Direktor Schneider von der Prüfungsstelle der Gewerkschaften interessante Mitteilungen über die zahlreichen Betrugsfälle. Zu Beginn des Jahres wurden die Betrugsfälle durch mangelhaft geschultes Personal sehr erleichtert. Nach den Erfahrungen des Amtes beziehen 20 Prozent aller Arbeitslosen das Unterstützungsgeld zu Unrecht! Dies sind sechs Millionen Mark, die durch betrügerisches Verhalten der Arbeitslosen monatlich der Stadt Berlin verlustig gehen.

Gymnasiallehrer streiken wegen Hunger. Zu einer eigenartigen Demonstration haben sich die Lehrer eines Gymnasiums in Wien entschlossen. Sie haben ihre Schüler eine Stunde früher nach Hause geschickt, um die Eltern darauf aufmerksam zu machen, daß ein allgemeiner Streik der Gymnasiallehrer bevorstehe. In der vorigen Woche ist ein Lehrer, der noch tags zuvor Dienst gemacht hatte, vor Hungerentzückung gestorben. In sehr erregten Verhandlungen haben darauf die Lehrer beschlossen, dem Beispiel der Eisenbahner zu folgen und durch die Dienstverweigerung die endliche Beachtung ihrer Forderungen zu erzwingen.

Ein neuer und aufsehenerregend recht einträglicher „Beruf“ eröffnet sich in einem Geschäft, das man in einem Kaffeehaus findet. Es lautet: Suche zwei Trauzugzeugen für Donnerstag, 11 Uhr. Arbeitslose Arbeiter (Gewerksch.) bedroht. Die Gefälligkeit wird mit 10 Mark vergütet.

Nur eine halbe Vollernte für 1919 ist zu erwarten, selbst bei günstiger Witterung. Es haben während des Winters an lange Zeit die Werke, die künstliche Düngemittel erzeugen oder die zur Düngung sich eignende Stoffe als Nebenprodukt abwerfen, stillgelegen. Die Verkebrtsunterbrechungen, insbesondere die lange dauernde Eisenbahnstörung in Mitteldeutschland, haben die ausreichende Versorgung des Ostens mit künstlichem Dünger verhindert. Die Bahnen stellen jetzt Sonderzüge, die den Osten noch mit den notwendigen Mengen an Düngemitteln versorgen sollen. Für den Nachmann unterliegt es jedoch keinem Zweifel, daß diese Sendungen für dieses Frühjahr zu spät kommen.

Durch Mine untergegangen. Der Fischdampfer „Amalie“ aus Gesehensünde lief in einer der letzten Nächte auf eine Mine und war in kaum zwei Minuten verschwunden.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tagesblattes“.

Entdeckte Dokumente?

Aus dem Haag, 11. April. (tu.) Aus London wird gemeldet: Daily Chronicle behaupten in einer Meldung aus Genf, es seien neue Dokumente entdeckt worden und zwar ein Vertrag vom 5. Januar dieses Jahres der zwischen Lenin und Piebnecht geschlossen worden sei. Darin hat sich Lenin verpflichtet, Piebnecht als Vorgesetzten der deutschen Räterepublik anzuerkennen und Gelder für Propagandazwecke zur Verfügung zu stellen und ihm eine Armee roter Truppen nach Deutschland zu senden. Dagegen verpflichtete sich Piebnecht, das Räteregime vollständig durchzuführen und eine Armee von einer halben Millionen Mann auf die Seine zu bringen. Der Vertrag ist durch Vermittlung Radeks geschlossen worden.

Ausstand der Friedhofsarbeiter.

Stettin, 11. April. (tu.) Die Arbeiter des Hauptfriedhofes sind im Ausstand. Die Beerdigungen unterbleiben seit 2 Tagen. Gräber bereits beerdigter bleiben offen. Die Verhandlungen sind bisher gescheitert.

Eine Volkshaft Eberts gegen den Gewaltfrieden.

Weimar, 11. April. (tu.) Bevor die Nationalversammlung am Sonnabend dieser oder Anfang nächster Woche auseinandergeht, um sich eine Osterpause zu gönnen, wird der Reichspräsident Ebert in einer Volkshaft die Rechtsfriedensresolution im zustimmenden Sinne beantwortet. Die Volkshaft wird sich gegen jeden Gewaltfrieden, für den Völkerverbundgedanken und für einen Verständigungsfrieden nach der Grundlage der 14 Wilsonschen Punkte aussprechen.

Kampf gegen die Spartakisten.

Oppeln, 11. April. (tu.) Das zur Bekämpfung von Spartakisten-Unruhen nach der Friedenshäute entsandte Militär wurde dort mit Steinen und Handgranaten empfangen. Es wurde Befehl zum Feuern gegeben. Man zählte 5 Tote und mehrere Verwundete.

Bewaffnung des Münchner Proletariats.

München, 11. April. (tu.) Der provisorische Zentralrat teilt mit, daß die Bewaffnung des Proletariats begonnen habe. Der rev. A.-B. und S.-Rat richtet an sämtliche Angehörige der hiesigen Garnison und an alle waffenfähigen Männer die Mahnung, unverzüglich in die Kasernen zu eilen oder sich der Zentral-Arbeiter-Schutzwehr zur Verfügung zu stellen, da große Gefahr im Anzug sei. Der gemeinsame Ministerpräsident Hoffmann trachtete mit allen Mitteln die verlorene Gewalt wiederzugewinnen.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, 11. April 1919.

Öffentliche Stadtverordnetenversammlung.

Eine öffentliche Sitzung der Stadtverordneten fand gestern abend 8 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses statt. Der Vorsitzende, Herr Kantor Oberl. Hiengsch, eröffnete die Sitzung mit der Mitteilung, daß der Nachtrag über die Erhöhung der Auffichtgebühren bei öffentlichen Tanzveranstaltungen die Genehmigung der Oberbehörde gefunden habe und gab eine Einladung des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz u. a. zu einer in Dresden stattfindenden Tagung für Wohnungsbauwesen bekannt. Zu dem feinerzeit vom Stadtv. Bombach eingebrachten Antrag, bei der Amtshauptmannschaft um Erhöhung der Kriegersfamilienunterstützung vorstellig zu werden, hat der Rat beschlossen, falls eine solche nicht zu erlangen sei, städtischerseits in Fällen dringender Not beiseite einzutreten. Das Kollegium beschloß auf Antrag des Herrn Bombach dazu einstimmig, daß mit Hilfe des Kriegshilfsauschusses die Nachprüfung der einzelnen Unterstützungen baldmöglichst erfolgen und, wo nötig, eine Aufbesserung erfolgen solle. Warm empfahl der weitere Herr Kantor Oberl. Hiengsch den Besuch

der von der Dresdner Volksbörngesellschaft in der Neumarktschule in Meissen veranstalteten Ausstellung „Mutter und Säugling“ und gab der Anregung Ausdruck, daß es im Interesse der Volksgesundheit wie der hiesigen Einwohnerchaft liege, wenn es gelänge, die Ausstellung auch in Wilsdruff zu zeigen. Der 6. Nachtrag zum Ortsschulgesetz, den Aufenthalt von Fortbildungsschülern in öffentlichen Schankstätten usw. betreffend, fand einstimmige Annahme. Zu den geplanten Wohnhausneubauten der Herren Stellmachermeister Hugo Vogner an der Zellaer Straße und Ratsregistrator Lehmann und Gärtnermeister Engelmann am Feldwege genehmigte man die Uebernahme der Baulostenübertragungszuschüsse, soweit sie auf die Stadt entfallen, wenn die Antragsteller die staatlichen Zuschüsse erhalten. Bei Ausführung dieser Bauten werden 14 Wohnungen gewonnen. Ein Antrag des Rates, die für Zuschüsse zur Baulostenübertragung bereitgestellte Summe von 30 000 Mark auf 60 000 Mark zu erhöhen und die Aufbesserung des Stundenlohnes eines städtischen Arbeiters fanden einstimmige Annahme, desgleichen der Ratsvorschlag, den durch das Wohlfahrtspflegegesetz vorgeschriebenen Pflegebezirk für unsere Stadt selbst zu begründen. Die beiden leeren Räume im Rathaus sollen vom 1. Juli an die Ortskrankenpflege, die Wohnung in der Turnhalle zu Wohnzwecken vorgerichtet und die dazugehörige noch verbliebene Volkshauserei und Lesehalle anderweit untergebracht werden. Das Ortsgesetz über Gewährung von Erwerbslosenunterstützung mit den von der Oberbehörde verfügbaren Änderungen wird gutgeheißen, nur soll der Passus „bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende“, durch den Satz „bei Stimmengleichheit entscheidet das Los“ ersetzt werden. Der Ausschuss zur Sicherung unserer Volksernährung hat beschlossen, an die Regierung einen Protest gegen die erfolgte Aufhebung der Erwerbslosunterstützung zu richten. Das Kollegium machte nach Worten der Herren Schlichenmaier, Zschöke, Seidel und Pink die Angelegenheit zur feinsten, besonders da unsere Stadt als ländlicher Versorgungsbezirk vom Bezuge der Auslandseier ausgeschlossen ist. — Wenn man sieht, wie mit dem 1. April die Eier vom Markte verschwunden sind und von Preisen hört, die in Höhe von 2—2,50 M. für ein Ei bezahlt werden, dann kann man allerdings nur wünschen, daß der Protest der Stadtverordneten bei der Regierung den Erfolg haben möge, daß die Freizügigkeit der Eier baldig wieder aufgehoben wird.

Die Lage in Sachsen. Wie die Dresdner Neuesten Nachrichten melden, ist die Regierung fest entschlossen und bereit, etwaigen Putsch, die in Leipzig and anderswärts im Lande versucht werden sollen, mit allen Mitteln entgegenzutreten. Man ist in maßgebenden Kreisen der Ansicht, daß die Lage in Sachsen keineswegs zu Befürchtungen Anlaß gibt, wenn auch die unabhängig-partakistische Nachenschaft in Leipzig und im Erzgebirge bedenklichen Charakter angenommen haben. Die Regierung wird in den Streitgebieten nur dann intervenieren, wenn Sabotage und Gewalttaten sie dazu zwingen.

Das Ende der Arbeiter- und Soldatenräte. Vom Ministerium für Militärwesen wird unserem Vertreter folgendes mitgeteilt: Arbeiter- und Soldatenräte gibt es bekanntlich seit dem 1. April in Sachsen nicht mehr, d. h. die Soldatenräte sind mit der Auflösung des Heeres aufgelöst worden, Arbeiterräte hingegen bestehen nach wie vor zu Recht. Soweit noch Stempel dieser Korporationen benutzt werden, ist es notwendig, daß bei ihnen das Wort Soldatenrat gestrichen wird, ebenso wie es dringend geboten ist, bei Bekanntmachungen die alte Firma durch die neue Arbeiterrat zu ersetzen. Da, wo noch Bekanntmachungen mit der Firma Arbeiter- und Soldatenrat erscheinen, haben diese keine Gültigkeit, sondern sind geeignet, Mißverständnisse hervorzurufen.

Kein Wegfall der Reiseausweise. Wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, besteht keine Aussicht, daß die Ausstellung von Reiseausweisen demnächst in Wegfall kommt. Auch ist zunächst an eine Vermehrung der Fälle nicht zu denken. Der neue Fahrplan tritt am 1. Juni in Kraft. Selbstverständlich ist die Generaldirektion demnach, von diesem Zeitpunkte ab die Zahl der Züge zu vermehren, ob dies aber bei dem großen Mangel an Maschinen möglich sein wird, ist auch noch unsicher.

Das zweite Konzert der hiesigen Stadtkapelle erfreute sich ebenfalls eines sehr zahlreichen Besuches seitens unserer Bewohner. Auch diesmal hatte Herr Stadtmusikdirektor Kömlich eine Vortragsfolge zusammengestellt, die Werke unserer bedeutendsten Tonsetzer brachte, u. a. die Vorspiele zu den Opern „Oberon“ und „Wilhelm Tell“. Mit steigender Begeisterung von den Besuchern applaudiert wurden die Solis der Herren Zimmermann (Flöte) und Müngner (Cello). Zwei schneidige Paradenmärsche gaben eine treffliche Ueberleitung zum Familienball.

Die Ernährungslage in Sachsen. Der sächsische Wirtschaftsminister Schwarz hat eine Denkschrift über die Ernährungslage Sachsens im März 1919 verfaßt, die für die Waffenstillstandskommission in Spa bestimmt ist. Es geht daraus hervor, daß die Ernährungslage jetzt einen Tiefstand erreicht hat, der schlechthin nicht mehr übertroffen werden kann und der schleunige Abhilfe fordert. Die Denkschrift tritt für sofortige Aufhebung der Blockade und für die Befreiung des Außenhandels von den Fesseln der Kriegswirtschaft ein.

Passé für Reisen nach Böhmen. Unter Hinweis auf die großen Schwierigkeiten und Zeitverluste, die damit verbunden sind, daß seit 24. März jeder Paß für eine Reise nach Böhmen vor der Grenzüberbreitung an das Ministerium des Innern in Prag zur Visierung eingeleitet werden muß, ist die Handelskammer Dresden beim Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten dahin vorstellig geworden, daß bis zur Errichtung eines deutsch-slovakischen Konsulates in Dresden ein Beamter der tschechisch-slovakischen Regierung dem österreichischen Konsulat in Dresden für die Mitwirkung bei der Erstellung von Reisepapieren beigegeben werde.

Steinbach. Am Montag den 14. April gibt auf dem Saale des Gasthofs Steinbach die beliebte altbewährte moderne Gesangs- und Tischspielgesellschaft

